

Frauen als Terroristen Zur Besinnung auf das soziologische Paradigma

Marlis Dürkop
Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik,
Berlin

In der BRD sind Frauen aus den höheren Schichten unter den Terroristinnen im Vergleich zur übrigen Frauenkriminalität überrepräsentiert. Hier werden Überlegungen angestellt, welche Ziele bei den Terroristinnen handlungsleitend sein könnten. Ausgegangen wird vom selbstformulierten Sinn des Handelns durch die RAF, der nicht frauenspezifisch, sondern auf die potentielle Gewalt von gewaltsam Unterdrückten gerichtet ist. Worin hat diese politische Fehleinschätzung ihre Ursachen? Möglicherweise in der Orientierung von Terroristen auf emanzipatorische Interaktion anstelle von Sicherheit wie bei der übrigen Bevölkerung. Macht bürgerliche Sicherheit aufgeschlossener für Interaktionsforderungen? Sind Frauen stärker subjektivistisch orientiert als Männer? Vergleiche mit Zielen der Frauenbewegung legen diesen Schluß nahe, zeigen allerdings auch die Unterschiede zwischen beiden Formen des Konfliktlösungsverhaltens auf, die häufig diffamierend unterschlagen werden.

1. Fragestellung: Terroristisches Handeln von Frauen

Fast alle terroristischen Aktionen in den Jahren 1966 bis 1976 wurden von Männern geleitet und ausgeführt. Dies ergab eine Untersuchung internationaler, dem Terrorismus zugerechneter Gruppen, die mit dem Ziel durchgeführt wurde, ein Sozialprofil „des“ typischen Terroristen zu erstellen. Die meisten Organisationen „benutzten“ (made use of) Frauen lediglich für Nachrichtenübermittlung und Versorgungsaufgaben. Das sei nicht Ausdruck männlichen Chauvinismus, betonen Russell und Miller (1977), sondern entspreche der praktischen Erfahrung männlicher Terroristen, daß Frauen den Sicherheitsorganen weniger auffielen. Die Bundesrepublik Deutschland ist nach dieser Zusammenstellung das einzige Land, in dem Frauen ca. 60 % der Beteiligten ausmachten und in dem Frauen auch planend und ausführend tätig waren (S. 21/23). Trotz der ungewöhnlichen Aufmerksamkeit, die diesen Frauen zuteil wurde, ist festzuhalten, daß es sich um eine relativ kleine Gruppe von Frauen aus den höheren Schichten handelt, die keine

Schlüsse auf das Verhalten von Frauen „an sich“ erlaubt (Einsele/Löw-Beer, 1978, S. 27). Genau solche Schlüsse versucht man aber in den bisher vorliegenden Erklärungen für die Beteiligung von Frauen an terroristischen Gewaltakten zu ziehen.

Alltagstheoretische und wissenschaftliche *Erklärungsmuster* lassen sich dabei *drei Ebenen* zuordnen:

- Einige versuchen, aus der individuellen Biographie der Frauen Schlüsse zu ziehen (persönliche Disposition zur Gewalt, psychische Störungen, Fidelio-Komplex u. a.).
- Andere suchen Gründe in geschlechtlichen Anlagen. Dabei stehen die einander widersprechenden Auffassungen, das Verhalten der Terroristinnen sei typisch weiblich bzw. sei typisch unweiblich, einträchtig nebeneinander. Besonderes Gewicht wird hier auf angebliche sexuelle Natürlichkeiten bzw. Anomalien gelegt.
- Die dritte Gruppe wendet sich der Frauenbewegung zu und diffamiert diese als Ursprung des Bösen. Terroristinnen gelten dort als Vorkämpferinnen für ein künftiges Matriarchat oder als „phallisch“ motivierte Ersatzhandelnde.

Gemeinsam ist allen diesen Begründungsmustern, daß sie die gesellschaftliche Situation von Frauen und die Handlungsziele von Terroristinnen ignorieren (Die Welt v. 3.8.1977, Der Spiegel v. 8.8.1977; Baader-Meinhof-Report 1972, Middendorff 1977). Dem gilt es Erklärungen entgegenzustellen, die dem gesellschaftlichen Charakter des Handelns dieser Frauen gerecht werden, d. h. solche, die dessen Gerichtetheit auf gesellschaftliche Veränderungen berücksichtigen und die soziale Situation von Frauen anstelle biologischer oder psychologischer Paradigmen setzen.

Einige Frauen aus der Frauenbewegung haben entsprechende Versuche unternommen. Aber indem sie politisches Dasein und frauliches Handeln feministisch voneinander trennen, können auch sie keine allgemeinen gesellschaftlichen Bedingungen für die relativ hohe Beteiligung von Frauen in den terroristischen Gruppen benennen:

„Auf die Frage, welche Solidarität die Frauenbewegung den Terroristinnen entgegenbringen könnte, kann meine Antwort nur so lauten: keine Solidarität auf politischer Ebene, weil wir die politische Gesellschaftsanalyse der Terroristinnen und deren Gewaltanwendung verwerfen; aber eine Grundsolidarität, weil auch die Terroristin eine Frau ist und ihr Leben im Zeichen der privaten und der öffentlichen Unterdrückung steht“ (Vannuccini 1978, S. 84).

Die Terroristinnen selbst dürften dieser „Aufspaltung“ kaum zustimmen. Sie machen nicht den Eindruck, als wenn sie sich durch ihr Handeln als Frauen aus ihrer traditionellen Frauenrolle befreien wollten (Einsele/Löw-Beer 1978, S. 26), auch wenn immer wieder ein entsprechendes Zitat eines weiblichen Gruppenmitgliedes genannt wird (Baader-Meinhof-Report 1972, S. 99; Schwarzer 1977, S. 5). Wie ist dieses Problem zu lösen, daß einerseits gerade die Überreprä-

sentation von Frauen untersucht werden soll, andererseits aber die feministische Aufspaltung der Gesellschaft in Frauen und Männer vermieden werden kann?

Will man/frau eine gesellschaftstheoretisch fundierte Analyse darüber anstellen, warum die Frauen aus höheren Schichten relativ häufig unter den Terroristinnen zu finden sind, ist von den für Männer und Frauen gleichermaßen bedeutsamen gesellschaftlichen Bedingungen auszugehen. Da auch die meisten Männer unter den Terroristen aus den höheren Schichten stammen, ist diese Fragestellung ebenfalls zunächst für beide Geschlechter gemeinsam zu reflektieren – ganz abgesehen davon, ob der sozialen Schichtzugehörigkeit oder dem Geschlecht der Primat eingeräumt wird. Danach sind geschlechtsspezifisch gesellschaftliche Bedingungen zu bestimmen, die einige Frauen zu Terroristinnen haben werden lassen. Auf diese Weise kann den Diffamierungen der Frauenbewegung als terroristische Brutstätte argumentativ entgegengewirkt und der weiteren gesellschaftlichen und theoretischen Ausgrenzung von Frauen vorgebeugt werden, die sich z. B. darin ausdrückt, daß weiblichen Kriminellen erst dann Aufmerksamkeit zuteil wurde, als diese selbst ihr Handeln als politisch bezeichnet haben (vgl. Klein/Kress 1976, S. 46).

Trotz dieser außergewöhnlichen Aufmerksamkeit für – nach eigener Aussage – politische Straftäterinnen und der Fülle von gesetzgeberischen Maßnahmen als Folge des Terrorismus wird der politische Charakter von terroristischem Handeln zumeist bestritten. Einmal soll damit ausgedrückt werden, das Handeln beruhe auf einer politischen Fehleinschätzung und sei deshalb „unpolitisch“. Außerdem wird häufig betont, die Taten der Terroristen seien lediglich gemeine Verbrechen, die politischen Motive seien bloß vorgeschützt (z. B. SPD-Parteitag 1977).

Für die wissenschaftliche Analyse bedarf es der Klarheit darüber, inwieweit man selbst diese Positionen teilt: Das Wissen um große Diskrepanzen zwischen terroristischem Selbstverständnis und eigener Bewertung hilft, bei eigener politischer Ablehnung nicht den subjektiv gemeinten Sinn terroristischen Handelns aus den Augen zu verlieren, auf den es hier ankommen soll.

Übernimmt man ferner die Auffassung, Terrorismus sei lediglich gemeines Verbrechen ohne politischen Gehalt, hat dies Folgen für die Wahl des kriminologisch-theoretischen Bezugsrahmens. Kriminologie stellt im allgemeinen auf die Illegalität abweichenden Verhaltens ab. Übernimmt man diese Voraussetzungen, könnte man sich leicht den Zugang zu dem spezifischen Problem „Terrorismus“ vorstellen. Hier soll durch illegales Verhalten der in der De-

finition von Legalität gebundene Konsens aufgebrochen werden. Für eine kriminalsoziologische Analyse terroristischen Verhaltens bedeutet diese Einsicht, die Frage von Legalität und Illegalität zunächst beiseite zu stellen und spezielle kriminologische Fragestellungen zugunsten eines allgemeinen gesellschaftstheoretischen Bezugsrahmens aufzugeben.

Im folgenden soll der Versuch gemacht werden, einen solchen gesellschaftstheoretischen Rahmen zu skizzieren, vor dem das Phänomen „Frauen als Terroristinnen“ begreiflicher werden könnte. Dabei soll der vorläufige Charakter, das Aneinanderreihen von Theoriefragmenten um der Diskussionsanregung willen in Kauf genommen werden.

2. Zum selbst-genannten Sinn terroristischen Handelns

Welchen Sinn die Terroristen mit ihrem Handeln eigentlich verfolgen, wird in der Diskussion um die Reaktionen auf neue Anschläge kaum diskutiert, jeder macht sich seinen „Reim“. Hier gilt es, die in Sozialwissenschaften mittlerweile breiten Raum einnehmende Sinnfrage zu stellen. So wurde z. B. in der „reasons-causes“-Debatte festgehalten, daß zur Feststellung von Handlungsgründen und Verhaltensursachen man nicht von dem Sinn absehen kann, den die zu Untersuchenden selbst mit ihrem Handeln verbinden. Sinnvermittelte Handlungen können danach als die, die sie sind, nur durch die Beschreibung identifiziert werden, unter der sie der Handelnde begreift (Ritsert 1975, S. 16/18). Auf die unterschiedlichen Positionen in der Sinn-Debatte soll hier nicht eingegangen werden. Die Aussagen *einer* Richtung, der analytischen Handlungsphilosophie, sollen lediglich Anhaltspunkte einer groben Skizze sein, wie selbst-gemeinter Sinn von Terroristinnen möglicherweise zu erschließen wäre.

Zunächst sind Quellen zu suchen, denen Angaben über das Selbstverständnis von Terroristen zu entnehmen sind. Schriften, in denen diese sich selbst geäußert haben, kann man unter drei Kategorien fassen:

- programmatische Texte, die ausdrücklich zum Zweck der eigenen Selbstdarstellung verfaßt und veröffentlicht wurden,
- nachträglich von Dritten zusammengestellte Dokumente, die das Ziel verfolgen, das Selbstverständnis der Gruppe zugänglich zu machen oder die deren Gefährlichkeit unter Beweis stellen wollten,
- Stellungnahmen ehemaliger Mitglieder, die sich von der Gruppe distanziert haben.

In der Terminologie der analytischen Handlungsphilosophie (Beck 1975, S. 168 f.) sind solche Quellen als „Aktor-Antworten“ auf Fragen nach Handlungsgründen einzustufen. Darüber hinaus sind Antworten über Motive Beschreibungen zu entnehmen, die Beobachter anhand eigener Vermutungen und persönlicher Bekanntschaft verfaßt haben. Solche „Beobachterantworten“ enthalten Darstellungen näher

Verwandter (Riemeck über Meinhof) oder Freunde (Vesper über Enßlin), bei denen noch Einvernehmen mit den Betroffenen bestand oder die Verbindung unterbrochen wurde (Röhl über Meinhof).

Ob in den verschiedenen Selbstzeugnissen und Motivzuschreibungen so etwas wie eine Gesamtkonzeption des Handelns zum Ausdruck kommt, muß aus der eigenen politischen Einschätzung heraus beurteilt werden. Bereits frühe Kritiker bezweifelten, ob überhaupt von zusammenhängenden Vorstellungen einzelner dieser Gruppe gesprochen werden kann (Negt 1972, S. 439). Die Motive, die die RAF für ihr Handeln in der spezifischen Situation der Bundesrepublik Deutschland und Westberlins vorbringe, entbehrten aller Maßstäbe einer materialistischen Analyse (den sie selber für sich beanspruche), und damit auch der objektiven Bestimmung der gesellschaftlichen Situation der Bundesrepublik Deutschland, kritisierte Schäfer (1972, S. 6).

„Wer Politik zu einer individuellen Mutprobe macht, ohne noch die sozialistischen Ziele und die einzelnen Veränderungsschritte angeben zu können, wird allmählich Opfer der eigenen Illusion“ (Negt 1972, S. 438 f).

Beschränken wir uns hier auf das einzig konkrete Argument, mit dem die RAF Erfolgchancen ihres Vorgehens in der bestehenden Situation der Bundesrepublik Deutschland begründet (Schäfer 1972, S. 6). An verschiedenen Stellen finden sich Einschätzungen wie die folgenden, die auf *potenziell revolutionäre Gewaltsamkeit von Unterdrückten* setzen:

„In der überall vorhandenen offenen und verdeckten Aggressivität entdecken wir so die vorhandene, lediglich deformierte Abwehrreaktion der Massen gegen die Unterdrückung, unter der sie leiden. Die ständig wiederholte öffentliche und versteckte Billigung der Gewaltanwendung gegen vermeintlich innere und äußere Feinde, die Forderung nach solcher Gewaltanwendung gegen die vermeintlichen Verursacher allgemein empfundener Bedrohung und Unsicherheit, sind ein Ausdruck des im Kern richtigen Bewußtseins, daß in der Klassenauseinandersetzung die Gewalt über Durchsetzung der Klasseninteressen entscheidet“ (Dokument, zit. nach Schäfer a.a.O.).

„... dadurch verschärft die herrschende Klasse die Widersprüche zwischen den unterdrückten Klassen und sich selbst, und durch die Schaffung einer solchen Atmosphäre, in die sie zwangsläufig hineingerät, treibt sie das politische Bewußtsein der Massen sprunghaft voran . . .“ (letzte Texte, S. 58).

Ohne nun weiter zu verfolgen, warum diese Einschätzung politisch falsch ist (vgl. dazu Fetscher 1978, S. 32 f. und Schäfer a.a.O.), wird versucht, die analytische Ebene dieser Handlungsbegründung zu bestimmen. Die These der RAF, durch Verschärfung der Auseinandersetzungen werde sich

das Bewußtsein der Bevölkerung hin zu einer revolutionären Situation wenden, soll das Produkt einer Analyse sein. Hier ist Brückner (1976, S. 185 f.) beizupflichten, dem sie mehr eine Art willkürlicher Setzung zu sein scheint, weil sie die Vermittlung nicht erwähnt, die zwischen der „Atmosphäre“ und dem „politischen Bewußtsein der Massen“ geleistet werden müsse.

Die RAF-Kernthese hat allenfalls den Charakter einer Absichtserklärung, die Bedürfnisse nach Kenntnis der Ursachen des Handelns kaum befriedigen kann. Beck (1975, S. 168) bezeichnet entsprechende Antworten auf Fragen nach Handlungsgründen als „Intentions“-Antworten, bei denen Anschauungen, Situationseinschätzungen der Akteure eine besondere Rolle spielen, allerdings auf die vor Augen stehenden Ereignisse beschränkt bleiben. Intentionen sind auf keinen Fall Ursachen, sondern gewissermaßen mit Selbsterkenntnis gleichzeitig gesetzte Momente.

Wie das Verhältnis von Handlungsursachen und Intentionen analytisch im einzelnen zu bestimmen ist, kann hier nicht beantwortet werden. Es bleibt zunächst einmal der Eindruck, daß die RAF-Kernthese keine hinreichende Erklärung dafür geben kann, warum die Angehörigen der RAF der „... alten Täuschung, daß die revolutionären Chancen um so größer sind, je stärker der staatliche Repressionsapparat ist ...“ zum Opfer gefallen sind (Negt 1972, S. 444).

Mahler hat sich in einem Fernsehinterview von seiner Vergangenheit als Terrorist abgewandt. Hier hat er sich zu Ursachen des Terrorismus geäußert. Seine Antwort zeigt, daß zwar bei Handlungserklärungen von dem Sinn auszugehen ist, den die Handlungen für die Betroffenen haben, daß aber die Suche nach Ursachen gesellschaftlichen Handelns nicht in der Exegese subjektiver Sinnstrukturen aufgehen kann (Ritsert 1975, S. 18). Vielmehr ist die sinnstiftende soziale Realität mit einzubeziehen (vgl. auch Eckert 1978, S. 112 f.):

„Ich meine, daß der Terrorismus gesehen werden muß als die Antwort auf eine erdrückende Umwelt, die uns feindlich ist, die wir nicht mehr beherrschen, die wir nicht mehr kontrollieren und die die Menschen zugrunde richtet, und einige versuchen, sich zu wehren, bevor sie zugrunde gehen. Und wenn man nicht weiß, wie und wo lang man zu marschieren hat und mit wem, führt das häufig zu Verzweigungsschritten und ziemlich hoffnungslosen Konzepten; das, meine ich, ist natürlich beim Terrorismus ein Generalthema.“

Soziologisch könnte Mahlers Stellungnahme dahingehend verallgemeinert werden, daß es sich bei den Angehörigen der RAF um einen Mangel an Zielorientierung gehandelt hat,

der „aus der subjektiv erfahrenen systematischen Versagung beim Handeln in der äußeren sozialen Realität“ (Hack 1977, S. 109) resultiert. Ich folge hier den Überlegungen von Lothar Hack, der in der Auseinandersetzung mit psychoanalytischen und phänomenologischen Denkansätzen die Fragestellung nach gesellschaftlichen Bedingungen des Aufbaus von – wie er sie nennt – Relevanzstrukturen im Alltagsleben vorangetrieben hat. Ihm geht es primär um das Problem, „wie die typischen: sozio-biographisch vermittelten, individuellen Relevanzstrukturen in Abhängigkeit von den konkreten sozialen Bedingungsstrukturen der äußeren Realität aufgebaut werden“ (S. 97). Hier sollen sich einige Gedanken anschließen, wie dieser Zusammenhang von subjektiver Relevanzstruktur und gesellschaftlichen Bedingungen bei Terroristinnen aussehen könnte.

3. Zur Entstehung von Relevanzstrukturen

Zunächst ist wieder an die Eingangsfrage zu erinnern: Warum ist der Anteil von Frauen aus den höheren Schichten unter Terroristen in der Bundesrepublik Deutschland relativ hoch? Diese Frage sollte ausgehend vom Sinn beantwortet werden, den die Frauen selbst ihrem Handeln unterlegen. Ferner ist behauptet worden, daß Exegese von subjektiven Sinnstrukturen allein nicht hinreichend ist für die Bestimmung von Ursachen terroristischen Handelns. Vielmehr stellen die jeweiligen „Relevanzstrukturen“ eine Verbindung von subjektiven sozio-biographischen Verarbeitungsformen mit der jeweils erfahrenen sozialen Realität dar.

Bewußt verkürzt formuliert: Welche gesellschaftlichen Widersprüche könnten in der Erfahrung sozialer Realität der Bundesrepublik Deutschland eine Rolle gespielt haben, um eine Disposition zur oben dargestellten politischen Einschätzung zu begründen? Woher rührt die – von Mahler ausgedrückte – Enttäuschung über die soziale Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland? Warum haben die Terroristen die revolutionäre Bereitschaft weit über- und das Sicherheitsbedürfnis unterschätzt?

Theoretische Hilfestellung bei der Analyse dieser komplexen Fragestellung könnten Döbert und Nunner-Winkler geben. Sie haben in Richtung auf das Ziel einer Theorie kommunikativer Kompetenz (1973, S. 304) entwicklungspsychologische Überlegungen zum Verlauf von Adoleszenzkrise bei Jugendlichen in Zusammenhang mit Krisen des bürgerlichen Legitimationssystems gestellt. Insbesondere ein Gedanken-

gang erscheint geeignet, Einsichten über mögliche gesellschaftliche Bedingungen von Enttäuschung und politischer Einschätzung der ersten „Generation“ der Terroristen zu vermitteln:

Döbert / Nunner-Winkler stellen in der Beschreibung von Grundzügen des bürgerlichen Legitimationssystems dar, für die bürgerliche Gesellschaft sei gegenüber allen früheren Gesellschaften charakteristisch, daß sie sich als utilitaristische Wirtschaftsgesellschaft versteht. Das bedeutet, der einzelne kann legitimerweise Entschädigungen gegenüber dem politischen und ökonomischen System einklagen. Eine Gruppe solch einklagbarer Forderungen bezieht sich auf den output an materiellen Gütern (Infrastruktur; Hilfe in unverschuldeten und unvermeidbaren Lebenskrisen wie Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit; Sicherstellung von Erwartungen durch Beschäftigungspolitik, Wachstumspolitik und Bildungspolitik). Ein zweiter Forderungskomplex betrifft die Art der Verteilung dieser gesellschaftlichen Güter und die Form der Interaktion der vergesellschafteten Individuen untereinander – unter den Schlagworten Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit als bürgerliche Fundamentalnormen zusammengefaßt und in Rechtsgarantien institutionalisiert (1975, S. 48/54). Die erste Gruppe dieser Forderungen könnte man als „Sicherheitsforderungen“, die zweite als „Interaktionsforderungen“ bezeichnen.

In der Orientierung an diesen Forderungen besteht wahrscheinlich zwischen der Mehrzahl der Bundesbürger und den Terroristinnen eine große Diskrepanz. Bei ersteren dominiert das Bedürfnis nach Sicherheit, der Garantie materieller Existenzsicherung. Terroristischen Zielen hingegen muß man anfänglich den Charakter des Einklagens von emanzipatorischer Interaktion zubilligen, auch wenn später gerade die Interaktion bewußt abgebrochen wurde. W. D. Narr versucht, objektive Bedingungen zu skizzieren, die das Bewußtsein der sicherheitssuchenden Bürger als Klientel des Staates ausmachen. Seine soziale Biographie des „idealen“ Bundesrepublikaners kann hier nicht nachgezeichnet werden. Festzuhalten ist, daß offenkundig das Sicherheitsbedürfnis die Bundesrepublik regiert (1977, S. 23).

Wenn Einsele und Löw-Beer (1978, S. 29) bei Terroristinnen beobachtet haben, diese hätten nicht gelernt, mit dem Auf-schieben von Wünschen umzugehen, beschreiben sie treffend die Kinder einer Gesellschaft, die auf unmittelbare Bedürfnisbefriedigung angelegt ist. Jugendliche wachsen in einem Milieu steigender Lebensansprüche und unmittelbaren Konsumierens auf. Sie nehmen „Vertröstungen auf künftige Belohnungen“ (Negt 1978) kaum mehr hin. Solche „Belohnungen“ in Form einer gesicherten beruflichen Karriere sind im übrigen vage und unsicher. Von unsicheren Zukunftsaussichten kann keine gesellschaftliche Integrations-

kraft ausgehen. Außerdem wird die Differenz zwischen Versprochenem und tatsächlich Erhaltenem immer größer, immer weniger haben berechnete Aussichten (Adamo 1977, S. 9).

In dieser Erfahrung auftretende Konflikte können kaum öffentlich artikuliert werden. An die Stelle eines offenen gesellschaftlichen Austragens von Konflikten tritt die zunehmende Verrechtlichung von Konfliktlösungen, dem Staatsapparat wird die Funktion sozialer Integration für und von den Verunsicherten aufgebürdet (Negt 1978). Dabei werden jugendliche Kritiker nicht ausgenommen. Sie werden durch eine Fülle von rechtlichen und politischen Maßnahmen immer mehr aus dem politischen Zusammenhang des parlamentarischen Systems ausgegrenzt. Das bleibt nicht folgenlos. So haben z. B. Untersuchungen über Studentenunruhen in den 60-er Jahren gezeigt, daß der Mangel an normalen Artikulationschancen und Mitbestimmungsmöglichkeiten im weiten Sinne dafür verantwortlich war, daß es zu gewaltsamen Ausbrüchen kam (Narr 1977 a).

Die Andeutung des gesellschaftlichen Schicksals der oben beschriebenen Forderungen „Sicherheit“ und „emanzipatorische Interaktion“ sollte darauf verweisen, daß Jugendliche in beiden Bereichen Widersprüchen ausgesetzt sind, die sie in die gesellschaftliche Isolation führen können. Das Ansteigen verschiedener Formen abweichenden Verhaltens unter Jugendlichen (Drogen, Kriminalität, Selbstmord) kennzeichnet eine Schiene, dieser Isolation zu entgehen. Die andere, von Negt (1978) etwas mißverständlich als „Selbstausbürgerung“ bezeichnet, führt in eine Gegenkultur:

„Die Selbstausbürgerung großer Teile der Jugendlichen ist freilich nicht nur Zeichen dafür, in welchem Maße die gettoisierte und verwaltete Kultur in ihrer lebendigen Integrationskraft aufgezehrt ist; sie ist vielmehr gleichzeitig durch negative Abgrenzungen und Versuche bestimmt, das Verhältnis von Leben und Arbeit umzugestalten, ja umzukehren. Soweit hier überhaupt noch der übliche Sprachgebrauch von Gegenkultur, Subkultur, zweiter Kultur zutreffend ist, kann der neue Sozialisationstyp so charakterisiert werden: organisierte er sich in der traditionellen Sozialisation, die wesentlich durch die Abarbeitungskonflikte mit der Vaterfigur vermittelt war, wesentlich um Leistungsmoral und Arbeit, so ist es jetzt eher umgekehrt; erst müssen die Beziehungsprobleme (Freundschaft, Sexualität, Anerkennung, Sicherheit und Geborgenheit in der Gruppe) gelöst sein, dann kann ein Teil der Triebenergie auf Arbeit gelenkt werden, wobei allerdings ein Moment des instrumentellen Verhaltens zur Arbeit bleibt.“

Viele der bekannten Lebensläufe von Terroristen weisen solche Hinwendungen zu einer Gegenkultur auf. Einige der Terroristen gehörten der „Kommune Eins“ an, zu der Baumann schreibt:

„Es geht ja aber darum, daß du in einen anderen Lebensprozeß rinkommst, daß du diese Entwicklungsfähigkeit gleichzeitig entdeckst. Das war eben in der K 1 ein wichtiger Punkt gewesen, daß über dieses Zusammenleben sich auch dein Verhältnis zu Menschen ändert. Ich habe da einfach unheimlich viele Sachen neu abgescheckt und entdeckt, obwohl ich am Anfang echt nicht begriffen habe, was die im einzelnen so erzählt haben . . .“ (S. 18).

Die Einbindung in eine Gegenkultur kann sich für eine Verstärkung emanzipatorischer Forderungen dadurch auswirken, daß die Veränderbarkeit von Menschen erfahren wurde. So sagte auch Horst Mahler in dem erwähnten Fernsehinterview, es sei ein ungeheures Erlebnis gewesen, zu sehen, wie sich Menschen in der Studentenbewegung innerhalb kurzer Zeit verändert hätten. Daraus wurde dann eine konkrete Utopie:

„Man konnte sich in etwa vorstellen, wie es mal sein kann, daß das, was wir also Emanzipation und Befreiung nennen, tatsächlich eine Realität ist und sein wird.“

Fälschlicherweise werden diese Hintergründe zumeist nicht als Folgeerscheinung gesellschaftlicher Konflikte interpretiert, sondern sogar als Ursachen terroristischen Handelns gewertet. (So gelten z. B. Kommunen als besonders verdächtig, vgl. Stern v. 11.5.78). Die aus dieser Einschätzung resultierende verschärfte Verfolgung gegenkultureller Gruppen bestätigt diesen den eingeschlagenen Weg, schließt sie enger zusammen. Erfahrung von emanzipatorischer Interaktion und staatlicher Sanktion werden zur Leitlinie politischer Einschätzung der Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland.

4. Sozio-Biographisches: Schichtzugehörigkeit

Ein neuer Bericht zur Herkunft von 40 mit Haftbefehl gesuchten Terroristen nach den Unterlagen des Bundeskriminalamtes belegt, daß die meisten von ihnen aus „gehobenen“ Elternhäusern stammen (Stern v. 11.5.1978). Fest steht eine Überrepräsentation von qualifiziert Ausgebildeten und der Kinder Besitzender (Fabrikanten, Verleger), Freiberufler (Anwälte, Apotheker, Architekten), Wertevermittler (Lehrer, Pfarrer) und an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen Beteiligter (höhere Beamte, Bürgermeister).

Gehobene Herkunft und qualifizierte Ausbildung der Terroristen schlägt sich in der sogenannten Logistik ihrer Taten nieder. Ohne entsprechende Kenntnisse der Lebens-

welt ihrer Opfer und Beherrschung des technischen know-how wären die Taten nicht das, was sie sind. Kriminologisch sind sie den „white-collar-crimes“ vergleichbar, die ebenfalls gewisse Voraussetzungen von den Tätern verlangen:

„Den Handlungshorizont der Terroristen kann am Ende nur betreten, wer über eine bestimmte Kompetenz verfügt: Intelligenz, Beobachtungsfähigkeit, Einfühlungsvermögen, Umgang mit Wissensbeständen, Kommunikationsfähigkeit, technische Begabung, organisatorische Disziplin. Wir erkennen hier unmittelbar Tugenden, die von unserem Bildungssystem gefördert werden und die wir im allgemeinen als bürgerliche Tugenden zu sehen gewohnt sind“ (Schmidtchen 1978, S. 46).

Aber nicht nur die Art der Durchführung, auch das Erheben der Forderung nach Durchbrechung des Sicherheitsstrebens und mehr emanzipatorischer Interaktion selbst dürfte in gewisser Weise ein „Privileg“ Jugendlicher höherer Schichten darstellen. Zwar sind diese ähnlich wie andere Jugendliche auch von unsicheren Zukunftsaussichten betroffen, haben als Akademiker oder Kinder von Akademikern nicht mehr quasi automatisch die Garantie einer gesicherten Karriere, dennoch dürften andere Ausgangsbedingungen bestehen.

Es wäre zu prüfen, ob die Erfahrung bürgerlicher Sicherheit möglicherweise aufgeschlossener für die Orientierung an emanzipatorischen Forderungen macht. Vielleicht sind solche Forderungen leichter aufzustellen und zu vertreten, wenn die Betroffenen frei von ökonomischen Zwängen oder ohne drohende Verelendung durch Arbeitslosigkeit aufgewachsen sind. In der großen „Versicherungsgemeinschaft“ der Bundesrepublik Deutschland hätten zwar alle ein Stück verschiedenearteter Sicherheit zu verlieren, betont Narr, aber gerade „diejenigen, die vor nicht zu langer Zeit erst bestimmte Rechte gewonnen haben oder diesen oder jenen Besitz, das Auto, das Vororthäuschen auf Pump erwarben und täglich abzahlen müssen, scharen sich in besonderem Maße um diese Versicherungsgemeinschaft. Es hat den Anschein, als erweckten gerade geringer Besitz, eine wenig einträgliche Rente und ähnliches mehr ein Sicherheitsverlangen, das, wenn es sich bedroht fühlt, kein Pardon kennt und jedes Risiko möglichst auszuschalten versucht (1977, S. 28).“

Könnten in der besseren materiellen Ausgangsposition Tendenzen zur Negierung von Sicherheitsbedürfnissen angelegt sein, so liegt in der Situation gebildeter Jugendlicher darüber hinaus die Chance, hinreichend Einsicht in das politische parlamentarische System zu erlangen. Die Nutzung demokratischer Rechte ist noch immer an Bildung und Ausbildung weitgehend gebunden. Deshalb kann auch eigene gesellschaftliche Ausgrenzung eher wahrgenommen werden, wenn qua Bildung überhaupt erst Vorstellungen möglicher Partizipation vermittelt sind (vgl. Eckert 1978, S. 118).

Joas (1977, S. 277) betont die Distanz nicht-proletarischer Jugendlicher zum Bereich gesellschaftlicher Produktion. Diese Distanz birgt die Gefahr von unrealistischen Vorstellungen über große Gruppen der Bevölkerung. Zwar mögen humanitäre Ideen zur Kenntnis gebracht sein (was für viele Terroristen betont wird), doch Ideen stellen immer nur Abstraktionen von Realität dar, die nicht durch Erfahrung zu ersetzen sind. Die intellektuelle Annäherung an emotional einleuchtende Tatbestände (Riemeck über Meinhof (1977, S. 106 f.) ist kein hinreichender Ersatz.

Viele der späteren Terroristen haben versucht, ihre Distanz zum „Volk“ zu überwinden. Solche „Wege nach unten“ (Fuchs 1977, S. 247; Schmieding 1978) hat es auch bei früheren Terroristen gegeben. Einige haben ihre Erfahrung von Gewalt im Alltag proletarischer Kinder intellektuell gefaßt (Raspe zur Sozialisation proletarischer Kinder; Meinhof: Bambule). Besonders intensive emotionelle Anteilnahme mag sie davon abgehalten haben, sich der Abkehr von der sogenannten „Randgruppenstrategie“ der Linken Ende der sechziger Jahre anzuschließen. In dieser Abkehr wurden vorher formulierte Hoffnungen auf Veränderung der Gesellschaft durch Deklassierte fallengelassen. In gewisser Weise könnte man die Theorie der RAF als Fortsetzung dieser Randgruppenstrategie betrachten, bei der in der Annäherung erfahrene konkrete Gewalt zum Angelpunkt des Handelns geworden ist.

Anscheinend ist das Verhältnis der RAF-Angehörigen zur Gewalt irreal geblieben oder geworden, wie auch Baumann kritisiert: „Sie haben als erste Schußwaffen eingesetzt in einem irrationalen Moment, wo es echt nicht hingehört. Ein Intellektueller zieht den Moment, wo er Gewalt anwendet, aus einer Abstraktion, weil er sagt, ich mache Revolution wegen des Imperialismus oder aus anderen theoretischen Beweggründen. Daraus leitet er den Anspruch ab, daß er Gewalt einsetzen kann, den anderen gegenüber. Natürlich auch über den Erfahrungsweg der Bewegung, den er mitgemacht hatte, aber doch hauptsächlich aus der abstrakten Situation heraus (S. 92).“

5. Sozio-Biographisches: Die gesellschaftliche Situation der Frau = Ausgrenzung

Weiter oben wurden Überlegungen zu möglichen Zusammenhängen zwischen gesellschaftlicher Ausgrenzung von Jugendlichen und ihrer Abwendung von der „offiziellen“ Kultur dargestellt. Frauen sind immer stärker aus politisch-institutionellen Zusammenhängen ausgegrenzt worden und dürften deshalb auch ein anderes Verhältnis zum Umgang mit parlamentarischen Institutionen haben, das ihnen – mangels

Einbindung – radikalere Verhaltensweisen erlauben könnte, wenn einmal die Schwelle politischer Abstinenz durchbrochen wurde. Der Anteil der Frauen unter den besser Ausgebildeten steigt und damit auch die Zahl derjenigen Frauen, die qua Ausbildung eine Vorstellung ihnen vorenthaltener Möglichkeiten entwickeln.

Frauen dürften zu den beiden Forderungskomplexen „Sicherheit“ und „emanzipatorische Interaktion“ immer auch ein anderes Verhältnis gehabt haben als Männer. Die bestehende Diskrepanz zwischen zugestandenen Rechten und den tatsächlichen Möglichkeiten läßt Frauen ihre Forderungen an den Staat viel weniger nachhaltig als Männer vertreten. Gerade jene Frauen, die sich für eine aktive politische Laufbahn entschieden haben – innerhalb der Linien des parlamentarischen Systems –, erfahren diese Widersprüche zwischen Rechten und Realität am stärksten, z. B. bei innerparteilichen Auseinandersetzungen um Landtagsmandate (vgl. z. B. „Brigitte“, H. 10, 1978). Auch die besser Ausgebildeten tendieren in gesellschaftlichen oder persönlichen Krisen mehr als Männer zum Verzicht oder dem Abbruch von Ausbildung und Karriere (Pross 1970, S. 33 f.) – lassen sich eher „ausbürgern“.

Dafür ist in der weiblichen Sozialisation die Orientierung auf den Mann als den Garanten von Sicherheit anstelle des Staates eingebaut. (Das kann zur Folge haben, daß männliche Versuche zur Befreiung von Sicherheitspräferenzen von den Frauen in ihrer Ungewißheit blockiert werden und diese als konservativ eingestuft werden.) In der Frauenbewegung haben Frauen die Absicherung ihrer eigenen Position über den Mann als zwiespältig und unsicher durchschaut, ihre gesellschaftliche Desintegration im ökonomischen und politischen System erkannt.

Die weibliche Ausrichtung auf Kinder und Küche statt auf das Erwerbsleben sowie die Ausgrenzung aus politischen Entscheidungsprozessen trägt aber in sich die Chance eines Umschlages zur stärkeren Orientierung auf den emanzipierten Umgang der vergesellschafteten Subjekte untereinander. Die ständig wachsende Frauenbewegung ist eine Konsequenz des Umschlages von nicht öffentlich artikulierbarer Enttäuschung in Richtung auf das konkrete Subjekt (vgl. Wunderle 1977). Insofern könnte man der eingangs kritisierten These folgen, Emanzipation der Frau und weiblicher Terrorismus hingen miteinander zusammen. Allerdings ist Emanzipation nicht Ursache terroristischen Verhaltens,

sondern beides sind Formen von Problemlösungsverhalten, die aus den Problemen gesellschaftlicher Ausgrenzung von Frauen bei gleichzeitiger besserer Ausbildung resultieren könnten.

Es lassen sich noch weitere Parallelitäten herausstellen, die ihren Ausgangspunkt in der gesellschaftlichen Situation der Frau haben:

— Frauenbewegung und Terrorismus haben gemeinsam, daß sie sich außerhalb der demokratischen Institutionen stellen (Wahlboykott von Frauengruppen), die sie für nicht funktionsfähig im Sinne ihrer Zielorientierung halten. Eine der Stoßrichtungen (thrust) der Frauenbewegung besteht ausdrücklich darin, die Teilnahme in bestehenden Institutionen nicht zu bestärken: „For this really reaffirms dominance relations . . .“ (Davis 1978, S. 257).

— Gemeinsam ist außerdem die Orientierung des Handelns am gewaltsam unterdrückten Subjekt. In der Frauenbewegung findet dies Ausdruck in der Betonung der „Gewalt gegen Frauen“ und wird in Protestumzügen, Organisation von Gegenwehr (Karate) sowie der Einrichtung von Frauenhäusern für Mißhandelte konkret.

Demgegenüber bestehen folgende Unterschiede, auf die energisch gegenüber diffamierenden Kritikern der Frauenbewegung hingewiesen werden muß:

— Wird den Terroristinnen als frauentypisches Verhalten Selbstaufgabe und Aufopferung in extremster Form zugeschrieben (Einsele/Löw-Beer 1978, S. 27; Schwarzer 1977), so will die Frauenbewegung gerade weg vom oktroyierten weiblichen Masochismus hin zu selbstbewußtem Handeln.

— Der Einsatz in terroristischen Gruppen mag wohl die Möglichkeit „produktiver“ Bedürfnisbefriedigung in Form von Planung und Ausführung bieten, verlangt aber gleichzeitig die totale Verleugnung eigener sinnlich vitaler Bedürfnisse (Fabricius-Brand 1978, S. 61). Die Frauenbewegung will gerade stärkere Ausrichtung auf eigene Bedürfnisse und widmet sich in Selbsthilfegruppen der eigenen Psyche und dem Körper.

— Die RAF wolle stellvertretend für andere handeln, in der beispielhaften Aktion animieren. Die Frauenbewegung setzt dagegen auf Selbsterfahrung gesellschaftlicher Widersprüche (Rowbotham 1975, S. 12).

— Schließlich bedeutet das Losschlagen der Terroristinnen, daß sie keine Alternative mehr sehen als Gewalt. Die Frauenbewegung bemüht sich gerade um alternative Umgangsformen. Neue Verhaltensweisen auszuprobieren, neue Formen

der Beziehung zueinander zu entwickeln (Mitscherlich-Nielsen 1978, S. 15), nicht-hierarchische, für Teilnahme offene Institutionen zu schaffen, in denen das Elend der Frauen artikuliert und die Isolation aufgefangen werden kann, sind die wichtigsten Ziele der Frauenbewegung (Davis 1978, S. 256).

Die Darstellung möglicher gesellschaftlicher Bedingungen für die relativ hohe Beteiligung von Frauen aus höheren Schichten an terroristischen Gruppen ist grob geblieben. Deutlich sollte geworden sein, daß die Diffamierung der Frauenbewegung als eine Ursache des Terrorismus nur aus der Vernachlässigung von Sinnorientierung terroristischer Gruppen überhaupt erst entstehen konnte.

Literatur

- ADAMO, Hans, Vorgebliche und tatsächliche Ursachen des Terrorismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/1977, S. 3 f.
- BAUMANN, Bommi, Wie alles anfang, Abendroth u. a. (Hrsg.), Frankfurt 1977.
- BECK, Lewis White, Bewußte und unbewußte Motive, in: Ritsert, J. (Hrsg.), Gründe und Ursachen gesellschaftlichen Handelns, Frankfurt/New York 1975, S. 165 f.
- BECKER, Jilian, Hitler's Children, The Story of the Baader-Meinhof-Gang, Granada Publ. Books, London 1977.
- BRÜCKNER, Peter, Ulrike Marie Meinhof und die deutschen Verhältnisse, Berlin 1976.
- DAVIS, Nanette J., Feminism, Deviance and Social Change, in: Deviance and Social Change, Ed. Sagarin (Ed.), Sage Annual Reviews of Studies in Deviance, Vol. 1, Beverly Hills/London 1978, S. 247 f.
- DER-BAADER-MEINHOF-REPORT, Aus den Akten des Bundeskriminalamtes, der „Sonderkommission, Bonn“, und dem Bundesamt für Verfassungsschutz, Mainz 1972.
- DÖBERT, Rainer / NUNNER-WINKLER, Gertrud, Konflikt- und Rückzugspotentiale in spätkapitalistischen Gesellschaften, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 2, H. 4/1973, S. 301 f.
- dies., Adoleszenzkrise und Identitätsbildung, Psychische und soziale Aspekte des Jugendalters in modernen Gesellschaften, Frankfurt 1975.
- ECKERT, Roland, Terrorismus als Karriere, in: Der Weg in die Gewalt. Geistige und gesellschaftliche Ursachen des Terrorismus und seine Folgen, H. Geißler (Hrsg.), München / Wien 1978, S. 109 f.
- EINSELE, Helga / LÖW-BEER, Nele, Politische Sozialisation und Haftbedingungen, in: Paczensky, S. v. (Hrsg.) Frauen und Terror, Reinbek 1978, S. 24 f.
- FABRICIUS-BRAND, Margarete, Frauen in der Isolation, in: S. v. Paczensky (Hrsg.), Frauen und Terror, Reinbek 1978, S. 55 f.
- FETSCHER, Iring, Terrorismus und Reaktion, Köln / Frankfurt, 2. Aufl. 1978.
- FUCHS, Werner, Der Weg nach unten, Hochschulrevolte gegen ein Leben als Akademiker, in: Universitärer Alltag, Lernen, Lehren und Leben an der Hochschule. Fuchs, Müller, Ortman, Gießen 1977, S. 189 f.

HACK, Lothar, Subjektivität im Alltagsleben. Zur Konstitution sozialer Relevanzstrukturen, Frankfurt / New York 1977.

INTERNATIONALES KOMITEE ZUR VERTEIDIGUNG POLITISCHER GEFANGENER IN WESTEUROPA (Hrsg.), letzte texte von Ulrike, Selbstverlag 1976.

JOAS, Hans, Motivationskrise der Jugend?, in: Leviathan 2/1977, S. 271 f.

KLEIN, Dorie / KRESS, June, Any Woman's Blues, A Critical Overview of Women, Crime and the Criminal Justice System, in: Crime and Social Justice, Spring/Summer 1976, S. 34 f.

MECHLER, Achim, Studien zur Geschichte der Kriminalsoziologie, Krim. Studien, Bd. 3, Göttingen 1970

MIDDENDORFF, Wolf, Die Frau als politische Mörderin. Historische, internationale und zukünftige Aspekte, in: Kriminalistik 1977, S. 78 f.

MITSCHERLICH-NIELSEN, Margarete, Hexen oder Märtyrer, in: Frauen und Terror, Paczensky, v. (Hrsg.), Reinbek 1978, S. 13 f.

NARR, Wolf Dieter (Hrsg.), Wir Bürger als Sicherheitsrisiko, Berufsverbot und Lausangriff, Beiträge zur Verfassung unserer Republik, Reinbek 1977.

ders., Aus der Schule des Verdachts wird niemand entlassen, in: Frankfurter Rundschau v. 4.11.1977, S. 6 (1977a).

NEGT, Oskar, Keine Demokratie ohne Sozialismus. Über den Zusammenhang von Politik, Geschichte und Moral, Frankfurt 1972.

ders., Wider die deutsche Verstaatlichung der Konflikte, in: Frankfurter Rundschau v. 26.11.77, S. III.

PLOGSTEDT, Sibylle, Vom Protest zum Widerstand. Der Tod an Ulrike, in: Courage, Nr. 0, 1976, S. 22/23.

PROSS, Helge, Über die Bildungschancen von Mädchen in der Bundesrepublik, Frankfurt 1970.

RASPE, Jan, Zur Sozialisation proletarischer Kinder, Frankfurt 1972.

RAUBALL, Reinhard (Hrsg.), Die Baader-Meinhof-Gruppe, Aktuelle Dokumente, Berlin 1972.

RIEMECK, Renate, Wahres über Ulrike, in: Ulrike Meinhof, Dokumentation einer Rebellion, Hamburg 1972.

RITSERT, Jürgen (Hrsg.), Gründe und Ursachen gesellschaftlichen Handelns, Frankfurt / New York 1975.

RÖHL, Klaus Rainer, Fünf Finger sind keine Faust, Köln 1974.

ROWBOTHAM, Sheila, Women, Resistance and Revolution, Pelican Books 1975.

RUSSELL, Charles A. / MILLER, Bowman H., Profile of a Terrorist, in: Terrorism, Vol. 1, No. 1, 1977, S. 17 f.

SCHÄFER, Gert, RAF und Baader-Meinhof-Gruppe, in: Links-Reprint, Erfahrungen und Argumentationen im SB, H. 1, Sozialismus und Terrorismus, Offenbach 1977, S. 6 f. (Januar 1972).

SCHMIDTCHEN, Gerhard, Bewaffnete Heilslehren, in: Der Weg in die Gewalt. Geistige und gesellschaftliche Ursachen des Terrorismus und seine Folgen. H. Geißler (Hrsg.), München / Wien 1978.

SCHMIEDING, Walter, Sophia Perowskaja und die Faszination der Aktion. Ein Versuch über den Terrorismus, in: Süddeutsche Zeitung v. 22./23.4.1978, S. 115.

SCHWARZER, Alice, Terroristinnen, in: EMMA, Sept. 1977, S. 5.

VANNUCINI, Vanna, Sie handeln wie Männer, die ihre Kinder verlassen, in: Frauen und Terror, Paczensky, S. v., (Hrsg.), Reinbek 1977, S. 81 f.

VEPER, Bernward, Die Reise, Jossa 1977.

WUNDERLE, Michaela (Hrsg.), Politik der Subjektivität, Texte der italienischen Frauenbewegung, Frankfurt 1977.

Dokumente

Horst Mahlers Fernsehgeständnisse. In einem Wald von Fragezeichen, in: Süddeutsche Zeitung v. 17.2.1978, S. 9
Innere Sicherheit, Parteitag SPD, 15. — 19.11.1977, Beschlüsse zur inneren Sicherheit.

Summary

Among the terrorist groups in the Federal Republic women from the upper classes are overrepresented. Which aims do these women have? Their self-understanding is not feminist but directed to the potentially revolutionary violence of oppressed people. This political wrong assessment may have its causes in demands that differ from those of the other population who are more orientated on security demands than on interactional demands like the terrorists were originally. Does the economic stabilization of upper classes strengthen that orientation among young people, are women in general more interested in personal relations than men? The comparison of terrorist aims and those of the women's movement shows similarities in orientation on the subject but also great differences which are neglected by those who defame the women's movement as one origin of terrorism.

August 1978

Karl-Schrader-Straße 6, 1000 Berlin 30